

# Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands  
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Erscheint wöchentlich.  
Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 M.-Mk.  
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Nichtenberg.  
Redaktion und Expedition: Berlin NW. 40, Reichstagsufer 3  
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis  
Geschäftsanzeigen: die sechsheftige Nonpareillezette 60 Goldpfennig.  
Gratulationen d. Seite 50 Goldpfg., für Todesanzeigen d. Seite 40 Goldpfg.

## Geschichtskalender: 12. bis 18. Juni.

- 12. Juni 1906. 15. Verbandstag des Brauereiarbeiterverbandes in Köln.
- 14. Juni 1899. Beendigung des Bierbojotts in Frankfurt a. M.
- 14. Juni 1903. Gründung des Ortsvereins Nordhausen nach erfolgter Maßregelung von Einzelmitgliedern.
- 14. Juni 1914. 19. Verbandstag in Hamburg.

- 14. Juni 1925. 22. Verbandstag in Augsburg.
- 15. Juni 1892. Ortsverein Freiburg i. B. gegründet.
- 15. Juni 1919. 20. Verbandstag in Stuttgart.
- 17. Juni 1907. Amtsantritt des neugeschaffenen 2. Verbandsvorsitzenden.
- 18. Juni 1892. Ortsverein Dortmund gegründet.
- 18. Juni 1893. Ortsverein Worms gegründet.
- 18. Juni 1894. Ortsverein Vera gegründet.

## Wirtschaftspolitische Umschau.

### Die Ergebnisse der Genfer Konferenz.

Die Genfer Weltwirtschaftskonferenz hatte nicht die Vollmacht, den Völkern eine bestimmte Wirtschaftspolitik vorzuschreiben. Die Beschlüsse der Konferenz sind nur Empfehlungen an die Völker, gewissermaßen Fingerzeige, wie sich die Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder einzustellen hat, um die internationalen Wirtschaftsstörungen zu überwinden. Nicht die von der Genfer Konferenz gefassten Beschlüsse, die äußerst schwammig sind, dürften also entscheidend sein, sondern der Geist, in dem die Genfer Konferenz tagte, und der Geist, mit dem sich die einzelnen Regierungen an die Lösung der brennenden wirtschaftspolitischen Fragen machen. Daß hier der europäischen Arbeiterschaft eine historische Aufgabe zufällt, versteht sich von selbst. Sie muß der Treuhänder für eine vernünftige Regelung in der internationalen Wirtschaft, der getreue Arzt im Gesundungsprozeß der europäischen Wirtschaft sein.

### Die Kartellfrage.

Die Konferenz in Genf hat betont, daß die internationale Kartellierung nicht das Mittel sei, die wirtschaftliche Gesundung Europas durchzuführen. Sie empfiehlt im Gegenzug dazu das freihändlerische Prinzip. Hier hat ohne Zweifel die englische Auffassung, der sich im großen und ganzen die deutsche Delegation angeschlossen, gegenüber der französischen These von dem Allheilmittel des internationalen Kartells die Oberhand behalten. Auffällig ist nun, daß gerade während der Konferenz und nach der Konferenz die deutsch-englischen Bestrebungen nach einer internationalen Verständigung auf den verschiedensten Wirtschaftszweigen große Fortschritte gemacht hat. Unserer Auffassung nach ist denn auch die deutsch-englische Einstellung in der Kartellfrage weniger grundsätzlich und mehr taktisch zu werten. Vielleicht dürfte gerade die grundsätzliche Auffassung des internationalen Kartells durch die Delegationen der verschiedenen Länder die Einstellung der Engländer und der Deutschen in Genf beeinflusst haben. Die Engländer und noch mehr die Deutschen sehen in dem internationalen Kartell den Ausdruck unserer groß-technischen Entwicklung und die Anfänge einer neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsform, in der sich ein organisierter Kapitalismus im Gegensatz zu dem persönlichen Unternehmertum ausprägt. Die jüngeren Industriestaaten aber, Frankreich, Polen, Italien usw. erblicken, dem Stand ihrer einzelnen Industrien entsprechend, in dem internationalen Kartell nur den Schutzwall, hinter dem sie, durchaus protektionistisch, ihre Industrien weiter entwickeln können. Immerhin dürften diese Gedankengänge für die Behandlung der Kartellfrage in Genf mit ausschlaggebend gewesen sein. Die Entwicklung zum internationalen Kartell, die sicherlich als Wirtschaftsnotwendigkeit zu betrachten ist, dürfte sie nicht stören.

### Furcht vor der Kartellkontrolle und der Wirtschaftsdemokratie.

In Genf stand ja nicht nur die Kartellfrage auf der Tagesordnung, sondern auch die Forderung der Arbeitnehmervertreter nach einer Kontrolle dieser internationalen Konferenzen, um die Interessen der Verbraucher und Arbeiter zu schützen. Dieser Antrag läuft im Grunde genommen nach einer Beteiligung der Arbeitnehmer an der Wirtschaftsführung der internationalen Kartelle, auf eine Demokratisierung der Wirtschaftsführung in wichtigen Teilen der Wirtschaft hinaus. Die Furcht vor dieser Demokratisierung scheint denn auch die Ursache gewesen zu sein, daß die Vertreter des englischen und des deutschen Unternehmertums, wenigstens in der Resolution, das freihändlerische Prinzip dem Gedanken des internationalen Kartells vorzogen. Diese Einstellung dürfte, wie bereits bemerkt wurde, die tatsächliche Entwicklung kaum hemmen. Wie in der Vollfrage, liegt der Schwerpunkt in der Politik der einzelnen Länder. Die internationale Kartellkontrolle kann sich nämlich nur auf einer Kontrolle der nationalen Kartelle aufbauen, wie die bekannte Entschliessung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ja schon vor Monaten festgestellt hat. Die Kontrolle, die Demokratisierung der Wirtschaftsführung in den Kartellen der einzelnen Länder, wird so eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben sein.

### Agar- und Handelspolitik.

Durch die Erörterung in der Agrarkommission der Weltwirtschaftskonferenz wurde zum mindesten die Lage so weit geklärt, daß über die Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit in der Landwirtschaft kein Zweifel mehr besteht. Der Weg aber zu einer Verwirklichung des Grundgedankes einer internationalen Arbeitsteilung dürfte noch sehr weit sein. Die erzielte Solidarität wird sich dann auch erst mal in einer Verbesserung der statistischen Erhebungen auswirken. In der handelspolitischen Frage haben die Schutzöllner, die unter Führung Frankreichs standen, unzweifelhaft eine schwere Niederlage erlitten. Der Kongreß hat eindeutig erklärt, daß für die Gesundung der europäischen Wirtschaft der ungehemmte Güteraustausch, das freihändlerische Prinzip, eine unbedingte Notwendigkeit ist. Die Entwicklung liegt nun in den einzelnen Ländern in erster Linie bei den wirtschaftlichen und politischen Organisationen der modernen Arbeiterbewegung, deren Lösung ist, den Protektionismus im eigenen Lande zu bekämpfen.

## Aufwärtsentwicklung des Verbandes.

Das Jahr 1926 ist wieder ein Jahr des Fortschrittes unserer Organisation auf allen Gebieten. Die Mitgliederzahl hat sich gegen das Vorjahr erhöht, wenn auch Schwankungen innerhalb des Jahres zu verzeichnen waren; die Finanzen haben sich erheblich gebessert, wenn auch die Unterstützungsausgaben verhältnismäßig sehr hoch waren; in der Lohnpolitik sind Fortschritte zu verzeichnen, wenn auch nicht in erwünschtem Ausmaß; die von den Unternehmern versuchten Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis wurden abgewehrt, mindestens so weit die Kollegen in der Front standen und den Anordnungen der Organisationsleitung folgten. Diese günstige Entwicklung hat auch im 1. Quartal 1927 angehalten. Das veranschaulicht jetzt schon nachweisbar

### die Mitgliederbewegung.

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des

	männliche	weibliche	zusammen
4. Quartals 1925:	63 448	4243	67 691
1. Quartals 1926:	63 943	4202	68 145
2. Quartals 1926:	64 627	4390	69 017
3. Quartals 1926:	64 976	4302	69 278
4. Quartals 1926:	64 774	4193	68 967
1. Quartals 1927:	66 001	4246	70 247

Brachte das Jahr 1926 nur ein Mehr von 1276, so das erste Quartal 1927 allein 1280. Und wenn die Entwicklung im selben Verhältnis wie im Jahre 1926 fortschreitet, wo besonders das 2. Quartal einen weit höheren Zuwachs brachte, dann können wir am Jahresende 1927 jedenfalls noch einige Tausend über den Stand des 1. Quartals müßern. Daß es so werde, dafür sehe jedes Mitglied sein Bestes ein. Das Rekrutierungsgebiet ist noch groß, es bedarf nur des Willens zum Erfolg.

### Die Finanzen.

Die Leistung der Mitgliederbeiträge ihrer Zahl nach zeigt steigende Zunahme, auch im 4. Quartal, obwohl eine geringere Zahl Mitglieder gegenüber dem 3. Quartal registriert sind. Das hängt jedenfalls mit der Vereinnahmung der Reste zum Jahreschluß zusammen. Geleistet wurden an Beiträgen:

im 1. Quartal 1926	771 963 Mk.
" 2. " 1926	779 759 "
" 3. " 1926	802 347 "
" 4. " 1926	828 210 "

Jedes Mitglied leistete im Durchschnitt über 46 Wochenbeiträge von im Durchschnitt 89 Pf. Der Jahresbeitrag betrug pro Mitglied im Durchschnitt 40,98 Mk.

Den Leistungen der Mitglieder für den Verband entspricht auch die Leistung des Verbandes für die Mitglieder, namentlich in der Unterstützungsfrage. Das haben unsere Kollegen schon lange begriffen. Die Organisation zahlte pro Mitglied 14,71 Mk., oder von 100 Mk. geleisteten Beiträgen 35,90 Mk. an die Mitglieder an Unterstützungen zurück. Die Beitragsleistung und die Ausgabe an Unterstützungen in den einzelnen Quartalen werden durch folgende Zahlen illustriert:

	Einnahmen aus Beiträgen	Gehaltete Unterstützungen
1. Quartal 1926	676 202 Mk.	261 234 Mk.
2. " 1926	691 156 "	189 137 "
3. " 1926	713 335 "	220 104 "
4. " 1926	740 907 "	342 378 "

Auf das ganze Jahr verteilen sich die einzelnen Unterstützungssummen wie folgt:

Krankenunterstützung	364 016 Mk.
Arbeitslosenunterstützung	365 726 "
Sterbegeld	89 852 "
Notunterstützung	10 324 "

Umszugsbeihilfe	6 488 Mk.
Weihnachtsunterstützung	89 076 "
Gemäßregelungenunterstützung	892 "
Streikunterstützung	70 117 "
Rechtsschutz	16 362 "

In Summa rund: 1 012 853 Mk.

Dazu kommt nun noch der neueste Unterstützungszweig, die Invalidenunterstützung, die am Jahreschluß 1927 mit etwa 50 000 Mk. zu Buche stehen wird.

Die Gesamteinnahme 1926 betrug rund 2 961 656 Mark, die Gesamtausgabe 2 290 474 Mk., die Mehreinnahme 671 182 Mk.

Das sind trockene Zahlen, aber inhaltsreich und erfreulich, wenn man sie nach ihrem Werte beurteilt. Wenn man sie danach einschätzt, auf welcher Unsumme von Solidarität sie sich aufbauen, wie sie den Gemeinschaftsgedanken verkörpern, das Organisationsprinzip lebendig darstellen. Zehntausende zu bestimmten lebenswichtigen Zwecken und ideellen Zielen verbunden zu einer Einheit, das ist die Quintessenz der Ergebnisse, die durch die Zahlen greifbar vor Augen geführt werden.

Der Hauptzweck der gewerkschaftlichen Organisation, der solidarischen Verbundenheit der Berufsarbeiter, ist natürlich die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse, das Streben nach mehr Lohn, mehr Ruhe, mehr Freizeit und mehr Licht und Sonne, um die Mittel zum Kulturaufstieg, zum besseren Wohlergehen. Das Streben hierfür und der Kampf darum, wenn es sein muß; wenn anders das Ziel nicht zu erreichen ist. Zwar waren die Streiks im vergangenen Jahr nicht sehr zahlreich (10 Angriffs-, 2 Abwehrstreiks und 3 Aussperrungen), auch nicht so umfangreich und langwierig; und auch die finanziellen Erfolge der Lohnbewegungen und Kämpfe reichen lange nicht an das Ergebnis des Vorjahres heran. Das lag an Verhältnissen, welche in Rechnung gestellt werden mußten. Immerhin haben die registrierten 216 Lohnbewegungen für die 60 258 daran beteiligten Personen eine Gesamtloohnerhöhung von 5 570 000 Mark im Jahre gebracht. Und auch in bezug auf die Arbeitszeit wurde manches Liebel ausgemerzt, was an den betreffenden Stellen den Kollegen am Ende der Inflationszeit aufgebürdet worden war. Festgestellt mag noch werden, daß 1926 60 Mantelverträge vereinbart wurden, und am Jahreschluß 404 Verträge für 3034 Betriebe mit rund 87 000 darin beschäftigten Personen bestanden.

So ist das Bild, das uns die Entwicklung unseres Verbandes im Vorjahr zeigt. Trotz mancher Unvollkommenheit erfreulich. Erfreulich auch im Hinblick auf die gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben der Organisation, die nur mit dem Aufgebot der ganzen Kraft und Energie der Organisation, der Mitglieder, zu erreichen sind. Das Unternehmertum ist in sich geschlossen, restlos organisiert; die wirtschaftlichen Verhältnisse wirken vorerst immer noch zu seinen Gunsten, soweit es sich im Gegensatz zu den Arbeitern und ihren berechtigten Ansprüchen und Forderungen stellt. Da heißt es auf Seiten der Arbeiter die ganze Kraft zusammenzufassen zur Vertretung ihrer Interessen, die sich äußert in dem Willen, alle Berufsarbeiter zur Organisation zu bringen, um nicht nur gegebenenfalls sondern immer und zu jeder Zeit und überall der Aufgabe gewachsen zu sein, zu der sie berufen ist, zu welchem Zweck sie da ist, was die Mitglieder von ihr erwarten, wozu aber wiederum die Mitglieder sie erst befähigen müssen:

energetische und erfolgreiche Vertretung ihrer Interessen.

Und zu diesem Zweck:

dauernde zähe und zielbewusste Mitarbeit aller Mitglieder zur Stärkung der Organisation, zur Herbeiführung einer geschlossenen Front!

England und Russland.

England hat seine Beziehungen mit Russland abgebrochen, angeblich, weil sich die russische Handelsgesellschaft in London, die sogenannte Arcos-Gesellschaft, in den Besitz wichtiger Staatsdokumente gesetzt hat.

Um das englische Metallgewerkschaftsgesetz.

Die europäische Arbeiterchaft hat aber alle Ursache, die englischen Ereignisse ganz genau zu beobachten. Allerdings aus einem anderen Grund. In England tobt seit Monaten der Kampf gegen das von der konservativen Regierung eingebrachte Metallgewerkschaftsgesetz.

Zur Diskussion über den Zusammenschluß.

Die Verschmelzungsfrage und der neue Satzungsentwurf. Wenn der Kollege Bader in seinen Schlussbetrachtungen zum Satzungsentwurf in der Nr. 37 der 'Verbandszeitung' schreibt, daß bei der Diskussion über den Entwurf weder die Hoffnung gemehrt noch genährt werden darf, daß der konstituierende Verbandstag an den Grundfragen des Entwurfs noch etwas ändern könne u. v. m., und wenn seine Auffassung richtig ist, so hätte er auch gleich dabei schreiben können, daß eine Diskussion überhaupt überflüssig ist.

Wie kam ich zum Verband?

Von S. Stubi.

II.

Als Soldat und auf Wanderschaft.

Zwei Jahre waren fast vergangen, als ich zuerst bei meinem Meister verfuhr, es ich nun bald zum Gesellen reif sein werde. Die Arbeit lautete zufrieden, aber für die Arbeitskolonnen eines Großbetriebes habe ich mich noch für zu jung gehalten.

— und ich finde mich sogar damit ab, daß unser Verband, wie dies ja aus dem vorliegenden Entwurf ohne weiteres festzustellen ist — die größten Opfer bringen muß.

Ich kann es z. B. nicht verstehen, daß die Abrechnungen nicht mehr vierteljährlich vorgenommen werden sollen. Die meisten Ortsvereine sehen sich aus 6, 8 und noch mehr Orten zusammen und es kann demzufolge als ausgeschlossen gelten, daß mit den vorgesehenen Monatsabrechnungen eine Besserung des bisherigen Abrechnungssystems zu erreichen ist.

Ich kann mich aber auch nicht damit abfinden, daß z. B. in den Ortsvereinen mit Angestellten letztere als Vorstände fungieren sollen und daß sie sich nicht zur Wahl zu stellen haben. Man sollte es ruhig den Ortsvereinen überlassen, sich die Vorstehenden zu wählen, die von der Mehrheit der Mitglieder gewünscht werden, aber man sollte nicht allzu sehr den Vorwand spielen, was den Kassierern anbelangt, so ist es richtig, daß in großen Ortsvereinen diese Arbeiten nicht ehrenamtlich bewältigt werden können.

Die vorgesehene Zusammenziehung des Verbandsbeirats finde ich als eine unglückliche deshalb, weil die von den Mitgliedern zu wählenden Beiratsmitglieder gegenüber denen, die berufen werden, zu wenig ins Gewicht fallen. Es darf allerdings gehofft werden, daß diese Einrichtung sich in Bälde als überflüssig erweisen wird und dieserhalb recht bald aufgehoben werden kann.

Was die Verbandsbeiträge und die im Zusammenhang damit zu bildende Verbands-Literatur- und Invalidenunterstützungseinrichtung anbelangt, so finde ich, daß der zukünftige Verband große Nachteile deshalb davon haben wird, weil die Beitragslast zu hoch erscheint. Ich stehe vor wie nach auf dem Standpunkt, daß mit Invalidenbeiträgen von 10 Pf. bei einem Grundbeitrag von 70 bis 100 Pf. und von 20 Pf. bei einem Grundbeitrag von über 100 Pf. das Beste geleistet werden könnte wie im § 45 Ziffer 6 mit höheren Beiträgen vorgesehen ist.

Grund seiner Invalidität oder Alters weniger als 60 Proz. des Einkommens seiner Gruppe bezieht und ich nehme an, daß die Verhältnisse auch im übrigen Reich gleichartig sind. Warum man bei Auszahlung von Kranken- und Arbeitslosenunterstützung statt wie bisher 7 Tage in der Woche für die Zukunft nur 6 Tage bei der Berechnung vorgesehen hat, ist mir nicht recht verständlich.

Der Vogel im Entwurf ist aber zweifellos damit abgeschlossen, daß zur Bekämpfung der lokalen Ausgaben für Agitation, Beitragshebung, Verwaltungsarbeiten, Lohrbewegungen usw. 10 Proz. vorgesehen sind. Glaubt denn die Kommission, daß sie da etwas Vernünftiges oder gar Brauchbares vorgeschlagen hat? Ich sage nein.

Im übrigen werden ja die Verbandstage der einzelnen Organisationen und auch der gemeinsame Verbandstag sich die Möglichkeit nicht nehmen lassen, Abänderungen da vorzuschlagen und zu beschließen, wo sie sich im Interesse des Gesamtverbandes notwendig erweisen.

Biber-Freiburg i. B.

Zur Diskussion über den Zusammenschluß.

Zum Satzungsentwurf.

Die Verschmelzungskommission legt den Mitgliedern der vier Verbände den Entwurf zu einem Statut des neuen Verbandes der Nahrungs- und Getränkeindustrie vor und stellt diesen zur Diskussion. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Verhältnisse in den vier Verbänden muß der Entwurf den Charakter eines Kompromisses haben.

§ 15 Ziffer 2 des Entwurfes sieht eine monatliche Abrechnung vor. Ich bin der festen Überzeugung, daß bei der neuen Zusammenziehung — wie in unserem Verbands bisher — eine Vierteljahrsabrechnung genügen dürfte unter der Voraussetzung, daß alle in den Ortsvereinen überflüssigen Gelder während des Vierteljahres a conto der Vierteljahrsabrechnung der Hauptkasse überwiesen werden.

braucht. Die Militärzeit übergehe ich, sie spielt inzwischen noch eine Rolle.

Was ein Söldner werden will.

Zur Partei und Gewerkschaft kam ich sehr früh. Meine Schulpflicht fiel noch in die Zeit des Sozialistengesetzes. In dem Gefängnis, der zu meiner Lehrkette gehörte, verkehrte ein kleiner Parteizirkel vom Ort und der näheren Umgegend. Es waren dies Maurer, Zimmerleute, Schuhmacher und Epelwarenarbeiter.

und um bereitwillig ich mich auch entschloß, von dem Besuch einer Brauereifabrik Abstand zu nehmen. In die Brauereibewegung unter Penndorfs Führung wurde ich durch meinen Lehrmeister etwas eingeweiht. Nach in getreuer Erinnerung ist mir die 1889 von Hamburg aus inszenierte Streikbewegung, von der man fast auf jedem Schaftaler erzählen hört, von Unternehmenseite wurde ihr allerdings nicht viel Bedeutung beigelegt.

Zwischenspiel.

Anfangs Oktober 1891 wurde ich in einer mittleren Brauerei einer kleinen Stadt eingestellt. Von allem Anfang suchte der für die Brauerei mit seinen Gesellen arbeitende Böttchermester, der schon einmal dem Böttcherverband angehört hatte und noch Parteimitglied war, Anschluss bei mir. Weil ich mit der Kleidung stark heruntergekommen war, Geld keine mehr hatte, es außerdem schon sehr frisch war, wollte ich auf diesem Platz etwas verdienen.

und abgerechnet, so muß sofort wieder mit der nächsten Berechnung begonnen werden.

In § 30 Ziffer 1 wird bestimmt, daß der Verbandstag alle drei Jahre stattfinden solle.

§ 36 Ziffer 4 regelt die Berechnung der Beiträge. Ich verweise hier die Bestimmungen unseres gegenwärtig geltenden Statutes, wonach dort, wo der Hauptort abgelegt und der ganze Betrag zum Lohn geschlagen ist, die Hälfte des Betrags bei der Berechnung in Wegung gebracht werden kann.

§ 39 Ziffer 3 bestimmt, daß die Unterstühtungen für sechs Tage in der Woche bezahlt werden. Bisher wurden die Unterstühtungen für sieben Tage bezahlt und müßte wenigstens bei Arbeitslosigkeit die Unterstühtung für sieben Tage bezahlt werden.

Die Bestimmung des § 40 Ziffer 3 müßte dahin geändert werden, daß nicht Arbeitslosen, sondern Gemäßregelungen Streikunterstützung gewährt wird.

Einige Worte zur Einführung der Verbandsalters- und -invalidenversicherung. In Ziffer 1 § 45 wird bestimmt, daß bei einem Einkommen von mehr als 60 Proz. des regelmäßigen Einkommens der gleichen Arbeiterkategorie am gleichen Orte Verbandsinvaliden- und -altersunterstützung nicht gewährt wird.

Als regelmäßiges Einkommen könnte ich nur das Einkommen aus irgendwelchem Verdienst betrachten, nicht aber irgendwelche Zuwendungen seitens des Arbeitgebers.

Die Verbandsalters- oder -invalidenunterstützung haben, unbeschadet kleinerer Zuwendungen irgendwelcher Art. Es kann nicht nur Pflichten der Mitglieder geben, sondern sie müssen auch Rechte haben.

§ 56 Ziffer 2 bestimmt, daß den Ortsvereinen zur Bestreitung der Ausgaben für Agitation, Beiträgenkassieren, Verwaltung und Lohnbewegungen 10 Proz. der Einnahmen aus den Verbandsgrundbeiträgen zustehen sollen.

Der Ortsvereine sind aber zu wenig in Rücksicht auf die Situation bei dem Nahrungs- und Genußmittel- sowie beim Fleisilverband, zudem gerade diese Industriezweige in punkto Agitation und Verwaltung erhöhte Aufwendungen erfordern.

Früh Kraemer, Nürnberg.

18te Sitzung des Bundesauschusses.

19. und 20. Mai.

Leipart erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes in den letzten drei Monaten.

Der Bundesvorstand hat sich auch in den letzten Wochen bemüht, auf die Regelung der Arbeitszeit hinzuwirken, wie sie den Forderungen der Gewerkschaften und den Interessen der Arbeiterschaft entsprechen würde.

Die Beschlüsse des Londoner Wandernongresses sind einer sorgfältigen Bearbeitung unterzogen worden, um Grundlagen für eine gesetzliche Regelung zu schaffen.

Für die in diesem Jahre stattfindenden sozialen Wahlen wird, wie auch früher geschehen ist, eine besondere Broschüre vom Bundesvorstand herausgegeben werden.

Die Gesellschaft für soziale Reform hat an den Bundesvorstand das Ersuchen gerichtet, über etwaige gesundheits-schädliche Wirkungen der Rationalisierung Material zu beschaffen.

Kollege Grashmann sprach über das Verhältnis des Arbeiter-Samariterbundes zum Roten Kreuz und die Stellung des Bundesvorstandes zu beiden Organisationen.

Kollege Bypel erstattete den Bericht über die Durchführung des Arbeitsgerichtsgesetzes.

Bei der Bestellung der Beisitzer ist es ganz einheitlich möglich gewesen, die vier anerkannten Spitzenorganisationen als Benennungskörper festzulegen.

Der Bundesvorstand hat die Benennung von je 18 Beisitzern für die Reichsarbeitsgerichte vorgeschlagen.

Kollege Spliedt entwickelte im Auftrage des Bundesvorstandes Vorschläge für einen Ausbau der Bericht- erstattung über die Lohnbewegungen und über die Geschäfts-lage in einigen nach ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung ausgewählten Industriezweigen.

Der Ausschuss nahm einstimmig eine Entschließung gegen die von den Parteien des Bürgerblocks im Reichstag beantragte Verschlechterung der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien an.

Im Auftrage der vom Bundesauschuss eingesetzten Kommission erstattete Kollege Schlime (Bundesvorstand) Bericht über Vorschläge zur Durchführung der Verwaltungsreform und für das gewerkschaftliche Unterstühtungswesen und unterbreitete formulierte Richtlinien.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung, dem Ausbau des gewerkschaftlichen Bildungswesens, sprach der Bildungsj sekretär des UGB, Knoll. Knoll trat für eine Zusammenfassung und einheitliche Leitung der bisher von den Verbänden selbst aufgezogenen gewerkschaftlichen „Elementar-schulen“ ein, d. h. den Schulen und Kursen, die der Ausbildung von Betriebsräten und Funktionären für den Kleinbetrieb dienen.

Die kurze Debatte ergab die einmütige Zustimmung der Verbandsvertreter zu dem Plan der neuen Bundeschule. Der Bundesvorstand wird ermächtigt, die Errichtung der Schule nunmehr vorzubereiten.

Zum Schluß der Tagung erfolgte die Wahl der Reichsarbeitsrichter.

Aus der Industrie.

Mühlen.

Die große südbayerische Ludwigshafener Mühle arbeitet mit einem Kapital von 4,6 Millionen Mk.

Die auch außerhalb Ostpreußens bekannte Pitnau K.-G. für Mühlenbetriebe hat im vergangenen Jahre schlecht gearbeitet.

Die Stuttgarter Bäckermühle K.-G. in Esslingen erzielt ein befriedigendes Ergebnis.

Obensj erzielte die Aktienmühlwerke Spockau (Mietzschkau), vormals Sach u. Jäger, ein durchschnittliches Ergebnis.

Die Samburgner Reismühle erreichte einen Rohgewinn von etwa 11 Proz.

Ohne größeren Gewinn blieb die Eisfelder Dampf-mühle K.-G. Kapital: 800 000 Mk., Gewinn: 500 Mk., Abschreibungen: 22 500 Mk. (fast 7 Proz.).

Metzfabriken.

Ein außerordentlich günstiges Ergebnis liegt bei der Preß-lauer Aktienmetzfabrik vor.

Die Metzerei (A. Bayerischer Metzfabrik Carl Hoffmann K.-G.) verlor bei einem Kapital von 240 000 Mk.

Wo verbringe ich meine Ferien?

„Die Naturfreunde“ — Reissgruppe Deutschland.

Um der Arbeiterschaft längeres Verweilen in der Natur zu ermöglichen, hat der Touristenverein „Die Naturfreunde“, die Wandervereinigung des schaffenden Volkes, Ferienheime erstellt, in denen der Arbeitermensch angenehm und billig seine Ferientage verbringen kann.

Der Schwarzwald.

Der Schwarzwald ist anerkannt eines der schönsten Waldgebiete Deutschlands und wohl für manchen, der dort schon gewandert ist, das schönste Waldgebiet überhaupt.

Das Feldberg-Gau.

Im schönsten Teile des Schwarzwaldes liegt das im vergangenen Jahr erbaute Haus fast am Gipfel dieses 1492 Meter hohen Berges.

richten an Otto Buchhart, Freiburg i. Breisgau, Dreikönigstr. 47.

Naturfreundehaus Herrlichried-Gebirge.

Dieses Heim befindet sich im Hohentwail bei Döbland in der Nähe des wegen seiner landschaftlichen Schönheit bekannten Herrschles, im südlichsten Teile des Schwarzwaldes, zwischen Basel und Schaffhausen.

Naturfreundehaus auf der Badener Höhe.

Dieses Ferienheim liegt im nördlichen Schwarzwald am Höhenweg von Forstheim nach Basel auf dem Schwarzwaldbühl Badener Höhe, 1004 Meter hoch.

Ferienheim Mopsbrunn.

Dieses Heim liegt an der badisch-württembergischen Grenze 1 1/2 Stunde entfernt von dem Kurort Herrenalb, zwischen Raftt und Forstheim.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Gau Sachjen.

Der Gau Sachjen ist gegenwärtig im Besitz von 14 solchen Heimern, die nicht nur den Mitgliedern, sondern darüber hinaus weiten Kreisen des freigewerkschaftlich organisierten werktätigen Volkes zur Übernachtung und Ferienaufenthalte offenstehen.

lande, im Erzgebirge, in der Lausitz oder in der Sächsischen Schweiz, überall findet er in erreichbarer Nähe von Ortschaften die Heime der Naturfreunde in herrlicher Lage, umgeben von Wald und Wiesen.

Naturfreundehaus am Kreuzelberga (Lausitz), Hermann Priebis, Seiffenmehrsdorf 714.

Naturfreundehaus am Bollenberga bei Oberaufsch (Lausitz), Hauswart Paul Richter, Tel. Oberaufsch Nr. 190.

Naturfreundehaus Demitz-Thumitz (Lausitz), Arthur Piltzschula, Demitz-Thumitz 19d.

Naturfreundehaus am Jirlestein in Schönau (Säch. Schweiz), Fritz Boden, Dresden-N., Knaulenstr. 20, Milchhandlung.

Naturfreundehaus am Königstein, Säch. Schweiz, Paul Friedemann, Pirna-Gohr, Suhlstr. 11.

Naturfreundehaus in Dönitzken bei Schmiedeberg, Bez. Dresden, Alfred Voigt, Schmiedeberg, Bez. Dresden, Alt. Kurhaus 71d.

Naturfreundehaus Kaufenhachmühle bei Kreisfeld im Erzgebirge, Rudolph Böhner, Erdmannsdorf, Waldstr. 4.

Naturfreundehaus bei Simbach i. Sa., Paul Leibnitz, Simbach i. Sa., Querstr. 22.

Naturfreundehaus Dürre Senne bei Silberoda i. Erzgeb., Arno Schulze, Zwittau i. Sa., Hans-Sachs-Str. 7.

Naturfreundehaus Dörblichenthal am Auersberg i. Erzgeb., Kurt Seidel, Wittau i. Sa., Heinrich-Deitel-Str. 26.

Naturfreundehaus Herlagrün, Bahnhöfen Obercrinitz, Max Kreckschmar, Wanst i. Sa., Lestungstr. 1.

Naturfreundehaus Pöffel i. V. (Pelländerode), Kurt Zunderbau, Dörlitz i. V., obere Mühlstr. 19.

Naturfreundehaus bei Großkühnberg, A. S. Grünig, Dr. Schmidt, Leipzig N. B., Erbststr. 15.

